

Herr Langner, Niersverband:

„Die Trinkwasser Reserven waren diesen Sommer endlich“, stellte H. Langner fest und bezeichnet die allgemeine Zunahme von Wetterextremen in den letzten Jahren und seit Jahrzehnten wie Starkregen, Hochwasser, Dürre, Temperatur sowie deren häufigere und stärker ausgeprägte Abweichungen vom Durchschnitt als „Denkanstoß“. Die Auswirkungen auf Mensch und Gesundheit, Stadtentwässerung, Bebauung und Infrastruktur, landwirtschaftliche Produktionsflächen und Ökosysteme seien wissenschaftlich belegt und würden sich verschärfen.

Herr Langner warf die Frage auf, wie die Klimafolgen Anpassung effektiv bewältigt werden kann und was sich dafür konkret ändern muss. Dabei differenzierte er zwischen dem globalen Klimawandel, welcher durch globale Maßnahmen begrenzt werden könne, sowie den regionalen Klimawandel Folgen, welchen wir durchaus regional entgegenwirken können. „Es ist ein geänderter Umgang insgesamt mit der Ressource Wasser erforderlich“, so Langner.

Weiter stellte der Vertreter des Niersverbandes fest: „Die Niederschläge müssen irgendwie gespeichert werden.“ Es seien Starkregenereignisse zu bewältigen und alle Niederschläge sollten die Regeneration der Grundwasserkörper ermöglichen. Aktuell würden die Niederschläge aber vor allem schnell abgeleitet. Erforderlich sei laut Langner ein Zusammenspiel der Summe vieler komplexer Maßnahmen „überall da, wo Fläche ist! Wir geben uns hiermit eine große Aufgabe, die enorme Investitionen erfordern wird.“ Aber Nichtstun würde uns letztlich mehr kosten - im Gebiet des Niersverbandes habe man bisher „Glück gehabt“, Ereignisse wie im Ahrtal oder Münsterland würden auch bei uns stattfinden, das sei lediglich eine Frage der Zeit.

Der Niersverband betreibe laut Langner den „Masterplan Niersgebiet“, welcher im Kern folgende Strategien beinhaltet: Niederschlagswasser in Korridore führen und Raum geben, damit es versickern und gespeichert werden kann; Dezentralisierung der Weiterleitung von Niederschlägen, also kurz gesagt: „Entwässerung rückwärts!“, Flächen entsiegeln; Schaffung von Raum für Wasser und Überflutungskorridore; Nutzung möglicher Speicherräume wie z.B. Entwässerungsgräben; (Trink-) Wasserverbrauch reduzieren. Langner betonte: „Trinkwasser zu produzieren, das wird eine immer größere Herausforderung werden.“ Um durch diese Maßnahmen allerdings überhaupt nennenswert Einfluss nehmen zu können, befürwortete Herr Langner eine Ausweitung auf weitere Akteure und die Kooperation mit den weiteren sieben Wasser- und Bodenverbänden, sowie die enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Kommunen.

Ein geeignetes Instrument zur Erreichung dieser Ziele sind laut dem Vertreter des Niersverbandes auch die Renaturierungsmaßnahmen der Flüsse, welche 1990 an der Niers bereits begannen. Als bereits im Rahmen der WRRL umgesetzte Maßnahmen nannte Langner das Binnenfeld, Pont und Kessel, welche auch Teil des „Masterplan Niersgebiet“ seien. Die nächste größere Maßnahme sei bei der Deponie Pont geplant. Um gemäß der WRRL ein „gutes ökologisches Potential“ zu schaffen, müssten aber noch etwa 70% des Gewässerverlaufs der Niers renaturiert werden; dafür benötige man noch mindestens 20 Jahre. Er bemerkte, dass es entlang der Niers zu wenig Bäume gäbe und es daher an Beschattung fehle, zudem nutzen Biber die Bäume gern als Baumaterial. Daher nimmt der Niersverband massive Neuanpflanzungen vor und nutzt Verbisschutz. Der Biber habe sich mittlerweile von der Maas bis nach Mönchengladbach ausgebreitet und wenn er Burgen an der Niers baut, dann glücklicherweise immer neben dem Fluss, so dass die Niers nicht aufgestaut würde. Der

Niersverband habe selbst keinen Beauftragten für Biber und betreibe kein Bibermanagement, in Viersen sei dies auf Kreisebene eingerichtet.

Im Verlauf der Anhörung wurden noch Fragen durch die anwesenden PolitikerInnen gestellt.

Frau Ute Sickelmann (Bündnis 90/Die Grünen) berichtete von den Plänen der Stadt Kevelaer, „demnächst weitere 15 ha Gewerbegebiet auszuweisen“ und aus „Emmerich, wo ein Wasserschutzgebiet komplett versiegelt wird“. Sie wies darauf hin, dass der Kreis wenig Einfluss nehmen könne auf solcher Art kommunale Bauleitplanung und fragte, ob nicht im Sinne der erforderlichen Klimawandelanpassung ein Instrument der Absprache mit den Kommunen einzurichten sei. Herr Langner äußerte den Eindruck, dass die Themen der Anpassung an die Klimawandel-Folgen noch nicht angemessen in Bauleitplanungen, Flächennutzungsplanungen und Raumordnungsplanungen verortet seien und betonte in seiner Antwort, dass die Verhinderung von Neuversiegelung noch Priorität habe vor der notwendigen Entsiegelung von Flächen und es fraglich sei, ob wir zukünftig mit Flächen weiter so umgehen können wie bisher.

Herr Ulrich Franken (SPD) fragte nach dem Fortschritt der Umsetzung der WRRL durch den Niersverband. Herr Langner erklärte, dass es für die in der WRRL genannten Ziele wie die „Erreichung eines guten ökologischen Potenzials“ keine genauen Vorgaben gäbe, vielmehr seien hier biologische Maßstäbe anzusetzen. Derzeit seien aber für die „Ziele zur Einleitung von Niederschlagswasser“ als einem verbindlichen Maßstab etwa 40% der umzusetzenden Maßnahmen erreicht, noch etwa 30 km Gewässerlauf der Niers müssten zur Erreichung dieser Ziele umgestaltet werden.

MdL Volkhard Wille (Bündnis 90/Die Grünen) fragte nach der Aktualität der Werte hinter Begriffen wie „Jahrhunderthochwasser“. Herr Langner erklärte, dass die Hochwassergefahrenkarten alle sechs Jahre aktualisiert werden, da sich die ihnen zugrunde liegende Statistik ständig ändere, welche von der Bezirksregierung Düsseldorf geführt werde. Man greift bei den Simulationen für die Flüsse Niers, Issel und Rhein zurück auf Daten zu den sogenannten Jahrhunderthochwassern. Diese fließen dann in die Berechnungen für „100jährige“ und „1.000jährige“ Hochwasser Ereignisse ein. Ein neu gegründetes Expertengremium würde die zugrundeliegenden Maßstäbe und Vorgaben derzeit überarbeiten und aktualisieren. Langner mahnte in diesem Zusammenhang eine Aktualisierung auch der lokalen Starkregenkonzepte durch die Kommunen an und erwähnte Fördermöglichkeiten für diese Arbeiten. Er verwies ergänzend auf die Webseite des LANUV www.klimaatlas.nrw.de, welche den Stand der Umsetzung durch die Kommunen aufzeigt (Weblink: <https://www.klimaatlas.nrw.de/index.php/klima-nrw-monitoring/planung-und-bau/stadtentwicklung-und-kommunale-planung/klimaanpassungskonzepte>)

Herr Friedrich vom Deichverband erklärte hierzu: „Wir mahnen bei unseren Stellungnahmen zu Planungsverfahren die Berücksichtigung von Hochwasserereignissen schon seit vielen Jahren an!“ Der Deichverband befasse sich ebenfalls schon lange mit dem Rückhalt von Niederschlägen, alleine schon im Hinblick auf die Zielerreichung der WRRL, da für Fischtreppen das Wasserdargebot (1) oft schon nicht mehr ausreiche. Die Diskussion sei nun in der Gesellschaft angekommen. Er spricht vom komplexen Spannungsfeld Hochwasser – Entwässerung – Dürre. Es wurde von NRW nach der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal ein 10 – Punkte – Plan aufgelegt, welche Themen angepackt werden sollen, unter anderem seien die Hochwassergefahrenkarten flächendeckender zu aktualisieren, ein stabiles Pegelnetz aufzubauen und Schutzziele neu zu definieren.

Zur Veranschaulichung berichtete er von der Überflutung des Ahrtals im Jahre 2021, welche einem „5.000jährigen“ Hochwasser entspräche. Doch selbst diese Simulation konnte die sich ereignende Tragödie nicht abbilden. „Der Aufstau des Hochwassers unter den Brücken durch angeschwemmte Wohnwagen wurde nicht in die Simulation mit einbezogen.“ Für die Niers gäbe es keine Berechnungen für ein „5.000jähriges“ Hochwasser.

Für den Rhein sei das „500jährige“ Hochwasser Szenario das Schutzziel des Deichverbandes. Der Blick sei in die Zukunft zu richten und Klimaveränderungen müssten mit einfließen. Auf Nachfrage erklärte Friedrich, dass der „Fahrplan Deichschutz“ von 2025 auf 2035 verschoben wurde, Gründe für die langen Laufzeiten der Anträge sah der Experte bei den Verwaltungsbehörden der Bezirksregierung; es gäbe dort zu wenige und zu häufig wechselnde Sachbearbeitende, da für einen solch komplexen Arbeitsplatz eine lange Einarbeitungszeit nötig sei.

(zu 1: Das Wasserdargebot gibt an, welche Mengen an Grund- und Oberflächenwasser potentiell genutzt werden können.)